

Die nordkoreanische Nuklearkrise: Der Ausweg führt über Peking

PAUL PASCH

Mit der Einstufung Nordkoreas als Vorposten der Tyrannei durch US-Präsident George W. Bush sowie dem darauf folgenden Bekenntnis der nordkoreanischen Regierung zu einsatzfähigen Atomwaffen hat die nordkoreanische Nuklearkrise im Jahre 2005 einen neuen Höhepunkt erreicht. Gleichzeitig suspendierte Nordkorea bis auf weiteres seine Teilnahme an den 2003 begonnenen Pekinger Sechsergesprächen zwischen Japan, Russland, China, Nord- und Südkorea¹ sowie den USA.

Über fünfzig Jahre nach Beendigung des Korea-Krieges betrachten sich die USA und Nordkorea weiterhin gegenseitig als Bedrohung. Nordkorea befürchtet seine Auslöschung durch amerikanische Atombomben. Tatsächlich haben die US-Amerikaner auf dem Höhepunkt des Koreakrieges den Einsatz von 26 Atombomben gegen Nordkorea erwogen (Oberdorfer 1997: 252). Nach wie vor gibt es keinen Friedensvertrag, es gilt weiterhin das Waffenstillstandsabkommen von 1953, und noch heute haben die Amerikaner rund 37 000 Soldaten in Südkorea stationiert, die zumindest bis Ende der 1980er Jahre mit Nuklearwaffen ausgestattet waren. Angesichts des militärischen Eingreifens der USA in Afghanistan und im Irak sieht sich das nordkoreanische Regime als nächstes Ziel. Mit dem Rücken zur Wand versucht es, durch wiederholten Nuklearpoker den militärisch erzwungenen Regimewechsel zu vermeiden. Für die USA ist die Bedrohung weniger unmittelbar, sie sehen in erster Linie ihre strategischen Interessen gefährdet. Hier geht es allerdings weder um die Sicherung der Erdölreserven wie im Nahen und Mittleren Osten und auf dem Kaukasus noch um die Einführung von Demokratie und freier Marktwirtschaft. Nordkoreas Nuklearpoker ist vielmehr eine Herausforderung für die nukleare Hegemonie der USA im Pazifik und ein Hindernis für Frieden und Stabilität in Nordostasien.

1. Wegen besserer Lesbarkeit des Textes werden die Termini Nordkorea und Südkorea benutzt und nicht die politisch korrekten Bezeichnungen Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) beziehungsweise Republik Korea (RK).

Die amerikanische Außenpolitik scheint dabei in die jüngste Nuklearkrise genauso tief verwickelt wie das viel geschmähte Regime² in Pjöngjang. Die Bush-Regierung begegnet dem nordkoreanischen Nuklearpoker von jeher eher mit Konfrontation als mit konstruktivem Dialog. Schon unmittelbar nach dem Amtsantritt der ersten Bush-Regierung Mitte Januar 2001 wurde Nordkorea politisch und wirtschaftlich isoliert und im Februar 2002 zum Bestandteil der Achse des Bösen erklärt.³ An einer Normalisierung der Beziehungen zu Nordkorea ist sie nicht interessiert. Stattdessen fordern die USA von Nordkorea den verifizierbaren Verzicht auf alle Programme zur Herstellung nuklearer Waffen, die Abrüstung aller weitreichenden Raketen und den Abbau des konventionellen Übergewichts gegenüber Südkorea. Außenministerin Rice hat bereits mehrfach betont, dass auch die neue Bush-Administration an der eingeschlagenen Politik festhalten werde.

Nachdem Pakistan im Anschluss an die Attentate vom 11. September 2001 der Allianz gegen den Internationalen Terrorismus beitrug und Libyen und der Iran Ende 2003 die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) zur Inspektion ihrer Nuklearanlagen eingeladen hatten, erscheint das kommunistische Nordkorea nun als der gefährlichste Schurkenstaat, und der Umgang mit Nordkorea gilt neben der andauernden militärischen Konfrontation zwischen Israelis und Palästinensern als eine der schwierigsten Herausforderungen in der Weltpolitik. Die Pekingser Sechsergespräche hatten Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung des Konflikts geweckt, die jedoch durch die aktuelle dritte Nuklearkrise vorübergehend getrübt wurden. Doch wie war es dazu gekommen?

Die erste Nuklearkrise

Die erste koreanische Nuklearkrise zeichnete sich Anfang der 1990er Jahre ab. Obwohl Pjöngjang im Jahr 1985 den Atomwaffensperrvertrag

2. Im Falle des totalitären Nordkoreas ist es wichtig, zwischen Regime und Regierung zu unterscheiden. Während die Regierung vom Parlament eingesetzt wird, um die Administration zu leiten, werden alle Entscheidungsprozesse vom Regime kontrolliert. Es wird davon ausgegangen, dass das Regime aus Kim Jong-il, seiner Familie und einigen hohen Offizieren aus der Armee und den Sicherheitsdiensten besteht. Vgl. u.a. Frank 2003, S. 305–322.

3. Vgl. Präsident George W. Bush, State of the Union Address, 29.01.2002, www.whitehouse.gov/stateoftheunion.

unterzeichnet hatte, gab die nordkoreanische Führung das Ziel, ein eigenes Atomwaffenprogramm zu entwickeln, keineswegs auf. Soviel ging zumindest aus den Berichten der amerikanischen Nachrichtendienste hervor, die in Yongbyon eine Anlage zur Plutoniumverarbeitung aufgespürt hatten. Es folgten mehrere Verhandlungsrunden. 1992 erklärte sich Nordkorea bereit, seine atomaren Anlagen durch die Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde überprüfen zu lassen. Nur wenige Monate später ergaben sich schwere Zerwürfnisse über den Umfang dieser Inspektionen. Im März 1993 verkündete Nordkorea schließlich seine Absicht, aus dem Atomwaffensperrvertrag auszutreten. Zwar erklärte sich das Regime wenige Wochen später bereit, diesen Schritt zurückzustellen, dennoch entstand auf der Halbinsel eine ernste Krise. Nach der Einschätzung des damaligen Verteidigungsministers der Clinton-Regierung, William Perry, war die folgende Eskalation die einzige Entwicklung während seiner Amtszeit, die die USA »ernsthaft in Gefahr (brachte), in einen größeren Krieg verwickelt zu werden« (Perry 2000, S. 121). Nach verschiedenen Interventionen, z.B. durch den früheren amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter in Pjöngjang, kam es schließlich zu einer Einigung. In dem im Oktober 1994 unterzeichneten Rahmenabkommen⁴ erklärte sich Pjöngjang bereit, sein Nuklearprogramm einzufrieren. Im Gegenzug verpflichteten sich die USA zur Lieferung von Hilfsgütern und Heizöl sowie dem Bau von zwei Leichtwasserreaktoren, um die nordkoreanische Energieversorgung zu verbessern.

Von der Entspannung zur zweiten Nuklearkrise

Nach der Beilegung der ersten Nuklearkrise zeigten alle Beteiligten mehr Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Anfang 1998 signalisierte die Wahl Kim Dae-jungs zum Präsidenten Südkoreas den Beginn einer neuen Politik, die mehr Nachgiebigkeit und Bereitschaft versprach, sich mit dem Erzfeind auf der anderen Seite der Grenze auseinanderzusetzen. Dieser neue Ansatz wurde von der Regierung Clinton durch eine Nordkorea-Politik unterstützt, die nicht nur auf militärischer Abschreckung beruhte, sondern auch Verhandlungen mit Nordkorea einschließen sollte.

Diese nuancierte politische Haltung in Washington und Seoul führte bald zu Durchbrüchen, z.B. zur Aufhebung der generellen Verbote des

4. www.armscontrol.org/documents/af.asp

Handels mit Nordkorea sowie von Investitionen und Besuchen. Pjöngjang reagierte mit kleinen Gesten, z.B. Vereinbarungen über Familienbesuche von Angehörigen aus dem Süden und mit einer Abschwächung seiner aggressiven Rhetorik. Diese Entspannungspolitik erreichte mit dem Gipfeltreffen der beiden Staatsoberhäupter Kim Dae-jung und Kim Jong-il im Jahre 2000 ihren Höhepunkt. Die Bedeutung dieses Treffens kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, es trug maßgeblich zum Abbau der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel bei.

Sowohl die USA als auch Nordkorea haben viel dazu beigetragen, die Angst voreinander zu schüren und eine aggressive militärische Haltung zu rechtfertigen.

Mit dem Regierungswechsel in den USA vom Januar 2001 und der darauf folgenden politischen und wirtschaftlichen Ausgrenzung Nordkoreas kehrte das Denkmuster und das konfliktträchtige Verhalten aus der Zeit des Kalten Krieges zurück. Im Herbst 2002 kam es dann zur zweiten Nuklearkrise. Anlässlich einer bilateralen Konsultation überraschten die nordkoreanischen Gastgeber die amerikanische Delegation mit der Offenlegung ihrer geheimen Pläne zur Anreicherung von Uran. Anschließend warf die Regierung die Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde aus dem Land, zog sich aus dem Atomwaffensperrvertrag zurück und nahm den Atomreaktor Yongbyon wieder in Betrieb. Die Krise hatte erschreckende Ausmaße angenommen, denn nun musste das nukleare Angriffspotenzial Nordkoreas ernst genommen werden. Schließlich drohte Pjöngjang damit, Seoul in ein »Feuermeer« zu verwandeln.

Für diese Krise sind Washington und Pjöngjang gleichermaßen verantwortlich zu machen. Nordkorea brach die zuvor geschlossenen Vereinbarungen und weigerte sich, als Gegenleistung für Energiehilfen das eigene Atomprogramm einzustellen. Den amerikanischen Einmarsch in Afghanistan, den bevorstehenden Angriff auf den Irak, die atomare Hegemonie der USA im Pazifik sowie die im Juni 2002 verkündete neue nationale Sicherheitsdoktrin wird das nordkoreanische Regime als unmissverständliche Bedrohung der eigenen Sicherheit empfunden haben.

Sowohl die USA als auch Nordkorea haben viel dazu beigetragen, die Angst voreinander zu schüren und eine aggressive militärische Haltung zu rechtfertigen. Dabei ließen die Entscheidungsträger in Washington

die im Prinzip recht bedeutenden Konzessionen Pjöngjangs in der Zeit vor der zweiten Krise völlig außer Acht. Nordkorea hatte damit begonnen, seine Grenzen zu öffnen; Vertreter ausländischer Hilfsorganisationen wurden ins Land gelassen; die Zusammenarbeit mit Russland wurde ausgeweitet; Anstrengungen wurden unternommen, um die Beziehungen zu Japan zu verbessern; und mit einem Dutzend westlicher Länder wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen. Vor allem aber machte die Annäherung an den Süden Fortschritte, hauptsächlich im Hinblick auf gegenseitige Familienbesuche, wirtschaftliche Beziehungen und kulturelle Austauschprogramme. Diese Ergebnisse wurden von der amerikanischen Außenpolitik weder anerkannt noch als Grundlage für weitere Verhandlungen verstanden. Statt dessen drehte sich in Washington alles um das nukleare Drohpotenzial Nordkoreas.

In Pjöngjang dagegen ging die Führung offensichtlich davon aus, die Regierung in Washington werde sich erst dann zu einem ernsthaften Dialog bereit finden, wenn Nordkorea damit drohe, aus dem Atomwaffensperrvertrag auszutreten. Dieser krisenorientierte Verhandlungsstil war bereits in der ersten Nuklearkrise praktiziert worden. Die nordkoreanische Regierung versucht nach diesem Handlungsmuster in konsequenter Weise, ihren Verhandlungspartnern mit Drohungen, Bluffs und erpresserischen Manövern weitestgehende Zugeständnisse abzurufen.

Diese Zugeständnisse erfolgen zumeist in Form von humanitären Hilfslieferungen durch die internationale Staatengemeinschaft. Diese sind mittlerweile wichtiger Bestandteil der wirtschaftlichen Versorgung und dienen der Absicherung der politischen Macht. Dabei bietet die wirtschaftliche Lage Nordkoreas durchaus Ansatzpunkte, zu einer konstruktiven Lösung auch der Nuklearfrage zu kommen, denn die Absicherung der politischen Macht ist auch das Hauptmotiv der sogenannten Reform der Staatswirtschaft.

Reformpolitik oder wirtschaftlicher Niedergang?

Bereits in den 1990er Jahren musste die nordkoreanische Führung wirtschaftliche Versorgungsschwierigkeiten eingestehen. Das Scheitern der Planwirtschaft und Naturkatastrophen hatten dazu beigetragen, dass Nordkorea 1996 und 1998 von dramatischen Hungersnöten heimgesucht wurde, denen Schätzungen zufolge zwischen 200.000 und zwei Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Das propagierte System der ökonomischen Selbstversorgung hat nie funktioniert. Zwar war es in den Aufbaujahren mit enormer Hilfe der Sowjetunion und der DDR gelungen, eine beachtliche Schwerindustrie aufzubauen. Eine selbstversorgende Landwirtschaft konnte jedoch – auch auf Grund geringer Anbauflächen – nicht geschaffen werden. Ferner wurde der Dienstleistungssektor vernachlässigt. Zu Zeiten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der Wirtschaftsgemeinschaft der sozialistischen Länder, wurden diese Defizite durch Tauschhandel mit den Bruderstaaten ausgeglichen. Mit dem Ende des Kalten Krieges begannen die traditionellen Handelspartner jedoch, für ihre Produkte harte und in der nordkoreanischen Staatskasse nur spärlich zu findende Devisen zu verlangen. Die Folge war ein Rückgang der Wirtschaftstätigkeit um fünf bis zehn Prozent pro Jahr, bis um die Jahrtausendwende ein annähernder Stillstand der Industrieproduktion erreicht war. Lediglich die Rüstungsindustrie funktioniert. Nordkoreanische Mittelstreckenraketen sind ein Exportschlager für den Nahen und Mittleren Osten. Libyen, Syrien, Ägypten, Jemen, der Iran und Pakistan sind im Besitz von Nodong-Raketen.

Auch die planwirtschaftliche Agrarerzeugung ist in einem desolaten Zustand. Dem Versorgungs-Soll-Zustand von durchschnittlich 600 Gramm Getreide pro Tag und Person steht ein Ist-Zustand von nur 200 Gramm gegenüber. Mit der Forderung nach einer zweiten Ernte sucht die Staatsführung nach einem Ausweg, dem aber mangels Dünger und Saatgut, auf Grund der Witterungsbedingungen und wegen der viel zu kurzen landwirtschaftlichen Saison die Grundlage fehlt. Die Nahrungsmittelversorgung ist daher weiterhin sehr angespannt. Rund 6,5 Millionen Menschen (fast 30 Prozent der Bevölkerung) sind nach offiziellen Angaben auf Nahrungsmittelhilfen des World Food Programme der Vereinten Nationen angewiesen. Seit Juli 2004 bestehen hier jedoch keine Zusagen mehr.

Mit der Einführung der Bauernmärkte, der Preisreform vom Sommer 2002 und der Einführung privatwirtschaftlicher Strukturen zeichnen sich Veränderungen ab. Die nordkoreanischen Reformer wollen über die Einführung marktwirtschaftlicher Anreize eine Steigerung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie und damit eine Verbesserung der Versorgung erreichen. Anders als bei den Reformen in China (nach 1978), Vietnam (nach 1986) und in Mittel- und Osteuropa (nach 1990) geht es in Nordkorea jedoch nicht um einen Kurswechsel, um den Beginn eines strategisch gewollten Transformationsprozesses. In dem Reformansatz

zeigt sich vielmehr eine Parallele zu den Reformversuchen der 1960er und -70er Jahre in Mittel- und Osteuropa (vgl. Gey 2004 und Hilpert 2003). So erfolgt z.B. keine Privatisierung von Landbesitz und Genossenschaftseigentum. Erlaubt ist lediglich die private Bewirtschaftung von 100 Quadratmeter großen Gärten. Damit sind die zugestandenen Flächen kleiner als z.B. in der früheren Sowjetunion.

Von politischer Öffnung und ökonomischer Transformation kann in Nordkorea keine Rede sein. Das Regime ist in erster Linie am Machterhalt interessiert und fürchtet das Entstehen autonomer ökonomischer Entscheidungszentren und die Zunahme unkontrollierbarer Kommunikation zwischen Ausländern und Einheimischen.

Da Nordkorea der Priorität von System- und Machterhalt des Regimes folgt, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass das Regime gesellschaftliche oder ökonomische Neuerungen mit potenziell systemdestabilisierender Wirkung nicht freiwillig implementieren wird. Eine weit reichende Privatisierung der Wirtschaft erscheint unwahrscheinlich, da beispielsweise Kollektiveigentum von Land und Produktionsmitteln und die damit verbundenen kollektiven Produktionsweisen auch Instrumente der Überwachung und ideologischen Kontrolle von Land- und Industriearbeitern sind. Selbst direkte Kontakte der einheimischen Bevölkerung mit Südkoreanern oder anderen Ausländern lässt die Regierung nur sehr zögerlich zu, um die Gefahr der »kulturellen und ideologischen Infiltration« für das politische System so gering wie möglich zu halten.

Die Legalisierung der privaten Bauernmärkte und der zunehmende Grenzhandel mit China sind daher nicht einem Reformkonzept der Staatsführung zu verdanken, sondern sind eine Anerkennung von Realitäten, die letztendlich aus dem Überlebenswillen der einheimischen Bevölkerung resultieren. Es ist davon auszugehen, dass das Regime die Liberalisierungen aus Einsicht in bestehende Notwendigkeiten zugelassen hat und damit auch den eigenen Eliten gewisse Freiräume zur Bereicherung schaffen konnte.

Von politischer Öffnung und ökonomischer Transformation kann in Nordkorea keine Rede sein. Das Regime ist in erster Linie am Machterhalt interessiert und fürchtet das Entstehen autonomer ökonomischer Entscheidungszentren und die Zunahme unkontrollierbarer Kommunikation zwischen Ausländern und Einheimischen. Andererseits war das

Regime zur Wahrung der eigenen Existenzfähigkeit gezwungen, gewisse Liberalisierungsschritte zuzulassen, die sich in Zukunft kaum rückgängig werden machen lassen.

Die Pekinger Sechsergespräche

Vor diesem ökonomischen Hintergrund wird deutlich, warum Nordkorea immer wieder versucht, über gezielte Provokationen bilaterale Gespräche mit den USA zu erzwingen. Die nordkoreanische Verhandlungsposition ist klar: Wir verzichten auf unser Nuklearpotenzial, im Gegenzug erhalten wir Sicherheitsgarantien sowie wirtschaftliche und finanzielle Hilfen. So lange Nordkorea seine Nuklearprogramme nicht in vollständiger, verifizierbarer und irreversibler Form beendet, sind die USA jedoch nicht zu bilateralen Verhandlungen bereit.

Um den politischen Druck auf Nordkorea zu erhöhen und um das Regime in Pjöngjang zu isolieren, schlugen die Amerikaner unter George W. Bush multilaterale Verhandlungen vor, was ein geschickter diplomatischer Schachzug war. Nach anfänglichem Zögern konnte die Unterstützung Südkoreas, Japans und schließlich auch Russlands gewonnen werden. China übernahm als Gastgeber und aufgrund seiner besonderen Verbindungen zu Pjöngjang eine Führungsrolle. Trotz der aktuellen Drohgebärden Nordkoreas setzen alle anderen beteiligten Staaten auf eine Fortsetzung des multilateralen Dialogprozesses.

Eine besondere Rolle kommt hierbei Südkorea zu. Aus Sicht Südkoreas verlieh der überwältigende Sieg der dem Präsidenten Roh Moo-hyun nahe stehenden URI-Partei in den Parlamentswahlen des Jahres 2004 den Sechsergesprächen eine neue Dimension. Seit der Präsident Südkoreas über eine parlamentarische Mehrheit verfügt, setzt er verstärkt auf Annäherung zu Nordkorea. Kurzfristige Verhandlungserfolge werden dabei aber immer wieder von Rückschlägen begleitet. So wurden z.B. die im Juni 2004 eingerichteten Telefonverbindungen zwischen den beiden Marinehauptquartieren wieder unterbrochen, und der mit viel Spektakel angekündigte Abbau der propagandistischen Beschallungsanlagen an der Demarkationslinie verzögert sich. Verschiedentlich drohte Nordkorea gar mit Atomtests.

Dennoch ist die südkoreanische Regierung gewillt, die graduelle Annäherung an Nordkorea zu suchen. Dem Süden ist zur Zeit nicht primär an einem Regimewechsel im Norden gelegen, vor allem auch, weil man

glaubt, die immensen Kosten einer plötzlichen Wiedervereinigung nicht schultern zu können. Grundlage für die Annäherung der beiden Seiten ist die Gemeinsame Erklärung von Kim Dae-jung und Kim Jong-il vom 15. Juni 2000.⁵ Zwischenstaatliche Anerkennung zwischen Nord- und Südkorea wäre demnach die Voraussetzung für tragfähige Sicherheitsvereinbarungen und für die mittelfristige Schaffung einer von beiden Seiten angestrebten Konföderation zweier unabhängiger koreanischer Staaten, als Vorstufe der langfristig angestrebten Wiedervereinigung. Obwohl Südkorea seine politischen Bemühungen mit einer sogenannten Wirtschaftsdiplomatie und extensiver Entwicklungshilfe begleitet, verfolgt die Regierung keine kohärente Strategie, sondern eine Ad-hoc-Politik. Da Nordkorea ein unberechenbarer Verhandlungspartner bleibt, empfindet es Südkorea als sinnvoll, dass die graduelle bilaterale Annäherung von den multilateralen Sechsergesprächen flankiert wird.

Auch China will keinen Regimesturz in Nordkorea, aber es wird auch kein mit dem Einsatz von Atomwaffen drohendes Nordkorea dulden, nicht zuletzt deshalb, weil dies Südkorea, Taiwan und Japan einen Vorwand zur atomaren Aufrüstung liefern könnte. Peking zeigte bisher relativ viel Verständnis für Nordkoreas Forderung nach umfassenden Sicherheitsgarantien und drängt auf ein entsprechendes Entgegenkommen der USA. Allerdings, so ist zu vermuten, könnte Peking die Sechsergespräche zu einem gegebenen Zeitpunkt als Plattform für die Taiwanfrage nutzen. China spielt daher auf Zeit, denn so lange sich China und die USA in der nordkoreanischen Nuklearkrise und der Taiwanfrage konträr gegenüber stehen, wird China mit dem langfristigen Ziel aufrüsten, die nukleare Hegemonie der USA in der Region in Frage zu stellen.

Russland und Japan spielen in den Sechsergesprächen eine relativ geringe Rolle. Aus japanischer Sicht ist Nordkorea zwar eines der größten Sicherheitsprobleme für Frieden und Stabilität in Nordostasien und im Pazifik. Trotz seiner wirtschaftlichen Leistungskraft besteht für Japan in der Nordkorea-Frage aber vor allem aus historischen Gründen wenig eigener außenpolitischer Handlungsspielraum. Es ist daher davon auszugehen, dass Japan auch in Zukunft die von den USA verfolgte Strategie der vollständigen Denuklearisierung unterstützen wird. Russland darf zwar anderthalb Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges im Konzert der großen Mächte mitspielen, bleibt aber ohne eigentlichen Ein-

5. South-North Joint Declaration, June 15, 2000, in: Promoting Peace and Cooperation, Ministry of Unification, Republic of Korea, Seoul 2003

fluss. Dennoch, die persönliche Beziehung zwischen Präsident Putin und Nordkoreas Führer Kim Jong-il ist nicht zu unterschätzen. Obwohl Russland Nordkorea militärisch und wirtschaftlich kaum unterstützen kann, wird es versuchen, seinen Einfluss zu nutzen, um die eigene Position in Nordostasien zu stärken.

Die dritte Nuklearkrise

Am 10. Februar 2005 erklärte das nordkoreanische Außenministerium, das Land verfüge über Nuklearwaffen zur Selbstverteidigung und werde an den Sechsergesprächen nicht teilnehmen. Welches Motiv steckt hinter dieser erneuten Eskalation?

Offensichtlich hat das nordkoreanische Regime den Eindruck gewonnen, die Bush-Regierung könnte mit ihrer Strategie der regionalen Koalitionsbildung gegen das Land weitere Fortschritte erzielen. Nachdem Außenministerin Rice Nordkorea als Vorposten der Tyrannei bezeichnet hatte, waren alle Zweifel über die absehbare harte Haltung der zweiten Amtszeit von George W. Bush ausgeräumt. Seit mehr als zehn Jahren hatten die USA bereits versucht, Nordkorea an der Herstellung von Nuklearwaffen zu hindern – an dieser Politik würde sich nichts ändern.

Ob Nordkorea tatsächlich über Nuklearwaffen verfügt, blieb unklar. Zwar hatte Nordkorea in den vergangenen Jahren mehrmals den Besitz von Nuklearwaffen angedeutet, Atomtests hatten jedoch nicht stattgefunden. Es scheint, als beabsichtige das Regime, die Bush-Administration durch die offizielle Erklärung des Besitzes von Nuklearwaffen zu zwingen, bei weiteren Verhandlungen den diplomatischen Fokus auf die Eindämmung des existierenden Nuklearwaffenpotenzials zu richten und die Frage des Exports von Urantechnologie in den Hintergrund zu drängen.

Ob dieser diplomatische Rückpass in das Spielfeld der Bush-Administration gelingen kann, hängt auch von der Haltung Pekings ab. Die chinesische Führung ist verärgert, dass Nordkorea trotz der Verhandlungsinitiative Chinas an der Fortentwicklung seines Uranprogramms sowie seinen Exportinteressen festhält. Im gegenwärtigen Stadium dient das nordkoreanische Uranprogramm primär exportwirtschaftlichen Interessen, während das waffenfähige Plutoniumprogramm auf die Sicherheits- bzw. Verhandlungsinteressen Nordkoreas gegenüber der USA zielt. Wenngleich eine Intervention der USA gegen das plutoniumbasierte Nuklearwaffenpotenzial auch aus Sicht Pekings aufgrund der stabilen Ab-

schreckungssituation auf der Halbinsel unwahrscheinlich sein dürfte, verletzt das nordkoreanische Eingeständnis auch die Sicherheitsinteressen der Chinesen an einer nuklearwaffenfreien koreanischen Halbinsel.

Aus nordkoreanischer Sicht ist die Bedrohung durch die USA seit dem Amtsantritt der Bush-Regierung realer geworden, und das Nuklearpotenzial verbessert die Verhandlungsposition. Nach Einschätzungen internationaler Sicherheitsdienste verfügt Nordkorea über das notwendige waffenfähige Material. Weiterhin Unklarheit besteht über die technische Qualität der Sprengköpfe und die Zielgenauigkeit der Trägersysteme (www.globalsecurity.org). Es erscheint unwahrscheinlich, dass Nordkorea außerhalb einer militärischen Krisensituation einen Nukleartest durchführt. Die politischen und materiellen Risiken sind unkalkulierbar und würden härteste Reaktionen hervorrufen.

Die Eskalationsstrategie des nordkoreanischen Regimes ist bereits jetzt nicht ohne Risiko, denn sie birgt die Gefahr, dass das Land seine strategische Pufferposition für die chinesische Führung überschätzt und die Chancen für eine weitergehende Annäherung der chinesischen und amerikanischen Positionen auf der koreanischen Halbinsel unterschätzt. Die diplomatischen Bemühungen der chinesischen Regierung im Anschluss an die Asienreise von Außenministerin Rice lassen erkennen, dass die beteiligten Parteien eine Rückkehr zu den Pekinger Sechsergesprächen anstreben. Um eine baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen zu erreichen, ist China offenbar gehalten, seinen Einfluss auf das nordkoreanische Regime notfalls mit der Reduzierung von Lebensmittel- oder Erdöllieferungen geltend zu machen. Sollte Nordkorea nicht einlenken, werden die USA mit dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen drohen.

Für die USA bleibt Nordkorea in erster Linie ein Proliferationsproblem. Da die Bush-Regierung in der nordkoreanischen Nuklearkrise keinen anderen Ansatz als den multilateralen zulässt, stellen die Sechsergespräche die einzige Perspektive zur friedlichen Eindämmung der Nuklearkrise dar. Nur wenn Nordkorea dazu gebracht wird, seinen Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag zurückzunehmen, alle militärisch nutzbaren Nuklearprojekte zu beenden und Inspektionen der IAEA zuzulassen, können Sicherheitsgarantien im regionalen Kontext gegeben werden.

Solange der außenpolitische Focus der USA im Nahen und Mittleren Osten liegt, erscheint es möglich, dass eine pragmatische Lösung eher greift als Sanktionen und militärische Schritte. Im Wesentlichen wird es davon abhängen, ob es China gelingt, zwischen der nordkoreanischen und der US-amerikanischen Position zu vermitteln: Während die Bush-

Regierung auf einem bedingungslosen und vollständigen Rückbau der nordkoreanischen Nuklearkapazitäten besteht, orientiert sich das nordkoreanische Regime an dem Rahmenabkommen von 1994, in dem sich die USA, Südkorea und Japan verpflichteten, Öl an Nordkorea zu liefern sowie Anlagen für die Kernenergiegewinnung zu friedlichen Zwecken zu bauen, um den nordkoreanischen Energiebedarf decken zu helfen.

Wahrscheinlich werden die USA nicht umhin kommen, Nordkorea für die Erfüllung der US-amerikanischen Forderungen Konzessionen anzubieten. Ein erhöhter Druck aus Peking und Seoul erscheint da von Nöten. Mittelfristig scheint ein Einlenken des nordkoreanischen Regimes auch zur eigenen Machterhaltung zwingend. Nur durch die Einbindung in einen konstruktiven Dialog ist der Zugang zu den Krediten der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank zu sichern. Eine vertragliche Vereinbarung würde Nordkorea nicht nur die dringend benötigte Wirtschaftshilfe bringen, sondern auch die Gefahr eines militärischen Erstschlags durch die USA beseitigen. Das Fenster für eine Verhandlungslösung der Nuklearkrise ist noch offen.

Quellen

- Frank, Rüdiger (2003): »Nordkorea: Zwischen Stagnation und Veränderungsdruck«, in: Claudia Derichs und Thomas Heberer (Hrsg.): *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens*, Leske + Budrich, Opladen, 2003, S. 305–322.
- Gey, Peter (2004): »Nordkorea: Reform sowjetischen Typs und Erosion der Staatswirtschaft«, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, Bonn, 1/2004.
- Hilpert, Hanns Günther (2003): Nordkorea vor dem ökonomischen Zusammenbruch?, SWP-Studie, Berlin.
- Oberdorfer, Don (1997): *The Two Koreas – A Contemporary History*, Reading, Mass.
- Perry William J (2000): »The United States and the future of East Asian security«, in: Woo Keun-Min (Hrsg.), *Building common peace and prosperity in Northeast Asia*, Yonsei University Press, Seoul.